

In jedem Spätsommer wieder beginnen die kommenden Schulabgängerinnen und Schulabgänger darüber nachzudenken, was für eine Ausbildung sie nach der Schule anstreben wollen. Dabei behilflich sein sollen die jährlich im Herbst stattfindenden „Berufsbildungsmessen“, bei denen sich Ausbildungsberufe und Betriebe vorstellen können.

Neben Bäckerin und Florist steht auf Bochums Bildungsmesse auch die Bundeswehr. Nun ist es wohl nicht zu leugnen, dass die Bundeswehr ein großer Ausbildungsbetrieb ist, und doch hat DIE LINKE auch in diesem Jahr gefordert, dass die Bundeswehr von dieser Messe eingeladen wird.

DIE LINKE findet es nicht richtig, dass die Bundeswehr sich dort in bunten Farben als ein fröhlicher Ausbildungsbetrieb präsentiert, wo doch die Realität zunehmend anders aussieht. Gerade aktuell ist die Bundeswehr nicht nur in Afghanistan im viel diskutierten

Die Bundeswehr Ein (Ausbildungs-)Betrieb wie jeder andere?



Einsatz, sondern auch auf dem Balkan, im Sudan, im Kongo und vor den Küsten des Libanons und Somalias. Dass es hier nicht immer um zivilen Wiederaufbau und freundliche Unterstützung der Bevölkerung vor Ort geht, dürfte inzwischen deutlich geworden sein.

Bei der derzeit schwierigen Ausbildungslage sollte es von städtischer Seite mehr Bemühungen geben, die eigene Ausbildungsquote zu erhöhen und die Kontakte zu den Interessenverbänden zu pflegen, um darüber zukunftsfähige Ausbildungsplätze zu schaffen. Den Antrag zur Ausladung der Bundeswehr hat DIE LINKE bereits im Mai in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses gestellt, er wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dabei waren die Begründungen vielfältig. Einige Mitglieder fanden, es wäre unhöflich, die eingeladene Bundeswehr wieder auszuladen, andere sahen im Antrag der LINKEN gar die Verfassungsfeindlichkeit der Partei und die Bundeswehr hingegen als fabelhaften Betrieb mit großen Chancen für alle

jungen Menschen und ohne große Risiken oder Gefahren.

Gut hingegen findet DIE LINKE die Initiative des Bochumer Jugendrings. Auch hier wurde der Stand der Bundeswehr von einigen kritisch gesehen und daraufhin entschied man sich, einen eigenen Stand auf der Berufsbildungsmesse anzubieten, an dem zivile Alternativen zum Wehrdienst und zur Ausbildung bei der Bundeswehr aufgezeigt werden sollen. Ebenfalls soll hier Hilfe zur Kriegsdienstverweigerung angeboten werden. Ein Schritt in die richtige Richtung, wie wir finden. Noch besser wäre es, wenn im kommenden Jahr die Einladung an die Bundeswehr nicht ausgesprochen würde. DIE LINKE wird sich darum bemühen.

Anna-Lena Orłowski

1. September – Antikriegstag

Wie in den vergangenen Jahren auch wird das Bochumer Friedensplenum am Antikriegstag gegen Krieg als Mittel der Politik auf die Straße gehen. Am 1. September werden die FriedensaktivistInnen um 16 Uhr am Glas-Café Flugblätter verteilen und eine kleine Aktion durchführen. In diesem Jahr rechnet das Friedensplenum vor, was die Stadt Bochum an Sozialleistungen

erbringen könnte, wenn sie zusätzliche Geldmittel im Wert z.B. eines Eurofighters hätte. Auch DIE LINKE wird sich wieder an den Aktivitäten beteiligen und einen Infostand durchführen.



Widersprüche und Klagen gegen Bescheide der ARGE erfolgreich

Die Zahl der erfolgreichen Widersprüche und Klagen gegen die ARGE Bochum bleiben auf hohem Niveau. Das bestätigte die Verwaltung auf Anfrage der Linksfraktion.

2009 wurden 3.286 Widersprüche gegen Bescheide der ARGE eingelegt. Bei derzeit 20.429 Bedarfsgemeinschaften ist damit jährlich rechnerisch jede 6. Bedarfsgemeinschaft betroffen. Nicht eingerechnet die Zahl derer, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht gegen fehlerhafte Bescheide zur Wehr setzen.

Auch die Erfolgsaussichten der eingelegten Widersprüche sind hoch. In 45% der Fälle gab die



© pixelto, thorbien wengert

ARGE den Widersprüchen ganz oder teilweise statt. Bei abgelehnten Widersprüchen kann der Klageweg beim Sozialgericht be-

schritten werden. Auch hier waren 39% der Klagen ganz oder teilweise erfolgreich.

Wer von Hartz IV lebt, muss jeden Cent dreimal umdrehen. Die Linksfraktion hat kein Verständnis dafür, dass die ARGE seit Jahren – und wir haben immer wieder darauf hingewiesen – in diesem doch hohem Ausmaß den ALG-II-BezieherInnen die berechtigten Leistungen verweigert. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass sich an den gravierenden Mängeln bei der ARGE nichts geändert hat.

Wir erkennen an, dass die ARGE nach wie vor personell unterbesetzt ist und die Mit-

arbeiterInnen überlastet sind, was auch der Personalrat immer wieder beklagt. Es erscheint uns jedoch fraglich, ob damit die hohen Fehlerquoten allein zu erklären sind. Immer wieder werden Stimmen laut, die darauf verweisen, dass es Anweisungen der Bundesagentur zur Kostensenkung gibt. Auf eine Anfrage der Linksfraktion diesbezüglich wurde das von der ARGE – wie nicht anders zu erwarten – vehement abgestritten.

Wir fordern die ARGE Bochum auf, dafür Sorge zu tragen, dass den ALG-II-BezieherInnen die ihnen zustehenden Leistungen ohne Widerspruchs- und Klageverfahren gewährt wird. *Ernst Lange*

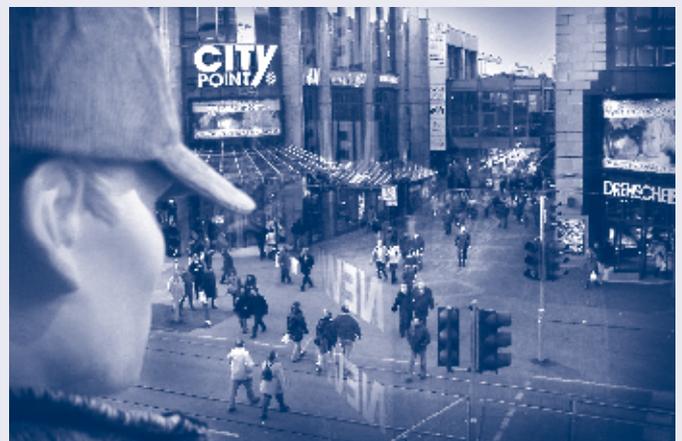
Verödet die Kortumstraße?

Einkaufszentren auf der grünen Wiese untergraben die Attraktivität der Innenstädte genauso wie abgeschottete Einkaufszentren am Rande der Innenstädte. Am Beispiel des CentrO in Oberhausen oder des Limbecker Platzes in Essen lässt sich zeigen, dass die bisherigen zentralen Einkaufsstraßen mit Kundenrückgängen und Leerständen zu kämpfen haben. Dies droht auch der Kortumstraße in Bochum.

Ende 2013 wird das bisherige Justizzentrum an den Ostring umziehen. Bis dahin muss geplant werden, was mit dem Gelände passieren soll. Die ECE,

einer der größten deutschen Betreiber von Einkaufszentren, hat schon fertig geplant: Sie will ein riesiges Shopping-Center vom Gerichtsviertel am Husemannplatz bis zum Telekomgebäude vor dem Rathaus errichten. Dazu hat die ECE bereits Immobilien an der Jungesellenstraße, die befreundete Firma CLS das Telekomgebäude erworben.

DIE LINKE lehnt ein solches Projekt genauso ab wie die anderen Fraktionen im Rat, wie IHK und ver.di. Der Stadtentwicklungsausschuss hat einstimmig städtebauliche Vorgaben beschlossen, um eine abgeschottete Shopping-Mall in der Innenstadt zu verhindern.



Es ist zu hoffen, dass diese Position auch erhalten bleibt, wenn das Management von ECE mehr Druck aufbaut. ECE hat ja nicht nur Zugriff auf einen Teil der Grundstücke, sondern betreibt auch Citypoint und Drehscheibe. Und über die von ihr gegründete Stiftung „Lebendige Stadt“ wird gezielt versucht, Einfluss auf KommunalpolitikerInnen zu gewinnen.

Center-Betreiber wie ECE können durch Mietanreiz, psychologisch geschickter Lage

bestimmter Flächen, Angebote und Marken alles komplett steuern. Störendes, seien es „unerwünschte Personen“ wie BettlerInnen, MusikerInnen und FlugblattverteilerInnen oder sei es das Wetter, wird ausgegrenzt. Die gewachsenen Innenstädte sind diesen perfekt organisierten Konsumwelten in den privatisierten Zentren hilflos ausgeliefert, sie veröden. Dem muss in Bochum frühzeitig und entschieden entgegengewirkt werden.

Uwe Vorberg

Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere Bürger-Innensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Ratsmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1–3 persönlich und telefonisch unter 910 – 12 95 zur Verfügung.

Hilfe für Arbeitslose

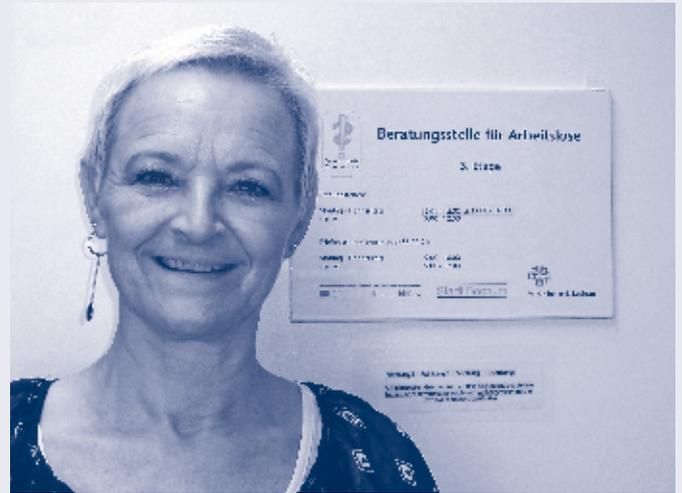
Die Bochumer Beratungsstelle für Arbeitslose und Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, verfügt über ein umfassendes Unterstützungsangebot, welches nicht nur kostenlos ist, sondern auch der Schweigepflicht unterliegt.

So können sich Menschen vertrauensvoll mit ihren vielseitigen Problemen an die Beratungsstelle wenden, die täglich für sie im Einsatz ist. Die Bochumer Beratungsstelle bietet nicht nur Hilfestellung in Bezug auf die Hartz IV Gesetzgebung an, sondern bietet zudem ein „offenes Ohr“ für die psychosozialen Probleme, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sind.

Ute Auer, die für die Beratungsstelle arbeitet, ist er-

leichtert, dass die Zusammenarbeit mit der Bochumer ARGE im Vergleich zu anderen Städten im Interesse der Arbeitslosen auf der Basis enger Kooperation läuft. Damit kann Hartz IV Beziehenden auf dem kleinen Dienstweg geholfen werden. Dennoch ist Auer davon überzeugt, dass Hartz IV endlich weg muss. Von der Bundesregierung fordert sie daher umfassende Veränderungen in der Hartz IV Gesetzgebung, wie die Erhöhung der Regelsätze, die Zurücknahme von Kürzungen bei Jugendlichen, mehr Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und mehr Verantwortung von Bund und Land.

Ute Auer sieht Tag für Tag die Folgen von Hartz IV für die



Menschen und versucht daher, sie möglichst umfassend zu unterstützen. Doch trotz der nennenswerten finanziellen Unterstützung der Stadt Bochum steht die Finanzierung der Beratungsstelle auf wackligen Füßen, seit das Land NRW im September 2008 aus der Finanzierung ausgestiegen ist. Die Beratungsstelle ist seit Anfang

2010 nur noch mit einer Stelle besetzt. Seither ist eine Beratung ausschließlich per Termin möglich und es gibt längere Wartezeiten. Daher hofft sie nun auf die neue Landesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag verlauten ließ, dass sie ab 2011 wieder die Finanzierung aufnehmen wird.

Bianca Schmolze

Ausbildungspakt scheitert

Ein Drittel der Bewerber ohne Ausbildungsplatz

Die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz sind 2010 in Bochum nicht größer geworden. Nach einer Umfrage der Schulverwaltung im Mai waren noch 349 Jugendliche aus den Entlassjahrgängen unversorgt (15,2%, davon 222 Jungen). Das ist im Vergleich zu 2009 ein Rückgang von nur 1,8%. Der prozentuale Anteil der ausländischen SchülerInnen ohne Ausbildungsplatz stieg dabei jedoch um 7,2 %.

Besonders gering sind die Aussichten nach Abschluss der Haupt- und Förderschulen. Nur 72 von 572 (12,6%) hatten nach der Hauptschule einen Ausbildungsplatz sicher, bei den Förderschulen waren es nur 4 von 183 (0,4%). Die meisten SchülerInnen der Sekundarschulen (1.652 von 2.299) gaben an, weiter zur Schule zu gehen, obwohl 281 von ihnen lieber eine Berufsausbildung begonnen hätten.

Die Schulentlassenen konkurrieren um Ausbildungsplätze mit den älteren Jugendlichen aus schulischen Warteschleifen. Die Statistik der Agentur für Arbeit zum Ausbildungsstellenmarkt in Bochum im Juli 2010 verzeichnet deshalb insgesamt 1342 unversorgte BewerberInnen, 94 (7,5%) mehr als im Jahr davor. Obwohl auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen um 15,6% auf 570 angestiegen

war, kommen auf einen Bewerber nur 0,65 Ausbildungsplätze.

IHK-Hauptgeschäftsführer Neinhaus wäht sich trotz dieser deprimierenden Zahlen im „Schlusspurt für ein erfolgreiches Ausbildungsjahr“. Bereits Ende Juli seien die Vorgaben des nationalen Ausbildungspakts im mittleren Ruhrgebiet mit rund 150 neuen

Ausbildungsbetrieben mehr als erfüllt. Wenn jedoch weiterhin ein Drittel der BewerberInnen auf der Strecke bleibt, dann haben marktwirtschaftliche Lösungsversuche mit Appellen zu freiwilligen Anstrengungen der ArbeitgeberInnen versagt und der Staat muss die Ausbildung zu einem Beruf für alle jungen Menschen sicher stellen.

Ralf Feldmann



Jahrhunderthalle mit Folgekosten

In der letzten Ausgabe haben wir ausführlich über die geplante Übernahme der Jahrhunderthalle berichtet. In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause ist die Entscheidung gefallen, mit unabsehbaren Folgekosten. Ab 2023 kommen jährlich mind. (!) 2,3 Mio Euro Unterhaltskosten auf die Stadt zu. Weiterer Kritikpunkt war das Erpressungspotenzial der Landesregierung: Wenn die Stadt nicht zustimmt, soll ihr ggf. der Zugriff auf die Nutzung in Gänze verwehrt wer-

den. Zusätzlich müsste die Stadt Fördergelder zurückzahlen oder bekäme andere nicht bewilligt z.B. für den Kammermusikaal Marienkirche. Trotz fehlender Eigenmittel, wurde signalisiert, könnte die Umnutzung nun doch gefördert werden und die Marienkirche auch für eine abgespeckte Konzerthausvariante als Nebengebäude mitnutzbar gemacht werden. Unsere Bedenken konnten inhaltlich nicht ausgeräumt werden, trotzdem wurde die Übernahme von einer großen Mehrheit beschlossen.

In Würde altern

Unsere Gesellschaft wird immer älter. 2003 waren laut Pflegestatistik in Deutschland insgesamt ca. 2,08 Millionen Menschen als Pflegebedürftige registriert.

Verglichen mit der Erhebung von 1999 hat sich die Anzahl der Pflegebedürftigen damit absolut um 3 % erhöht, gegenüber 2001 um 1,8 %. In den Bochumer Altenheimen liegt der Anteil an BewohnerInnen mit einem nicht dem deutschsprachigen Raum entstammenden kulturellen Hintergrund unter 2 %.

Bekannt ist, dass ältere MigrantInnen bei Pflegebedürftigkeit eher in der Familie bleiben, als in ein Pflegeheim umziehen. Das Leben in diesen Einrichtungen wird bei MigrantInnen in noch höherem Maße gemieden als in der

deutschen Bevölkerung. Zudem beginnen Pflegeheime erst allmählich, sich auf die spezifischen Bedürfnisse der älteren MigrantInnen einzustellen. Insbesondere sprachliche Verständigung und Kommunikation, Ernährungsge-



wohnheiten, Pflegekonzepte, religiöse Bedürfnisse und Umgang mit Angehörigen sind oft Barrieren, die z.B. durch den Ansatz der

„kultursensiblen Altenpflege“ derzeit verringert werden.

Auf die Versorgung von MigrantInnen ist die Pflegeinfrastruktur bisher nur unzureichend eingestellt. Insbesondere MigrantInnen der ersten Generation sind zunehmend von Pflegebe-

sind viele ältere MigrantInnen oft auf sich allein gestellt, von Isolation bedroht und unzureichend versorgt. Hintergrund dafür sind z.B. das Versterben des Ehepartners oder der Ehepartnerin oder auch die Rückkehr der Kinder ins Heimatland der Eltern.

Jedoch muss klar sein, dass der Bedarf der professionellen Pflege von MigrantInnen in Zukunft steigen wird und somit auch, dass sich vorhandene Angebotsstrukturen für deutsche SeniorInnen nicht auf gleichaltrige MigrantInnen übertragen lassen. Eine Verbesserung der Situation kann durch Einbindung von MigrantInnen und ihren Verbänden erfolgen. Muttersprachliche Aufklärung, Beratung und Pflege sollten in deutschen Pflegeheimen in den nächsten Jahren zu den primären Zielen gehören. *Aygül Nokta*

Wer hätte das gedacht...

Nach der Kommunalwahl am 30. August 2009 waren wir schon ganz schön aufgeregt. Was da wohl auf uns zu kommt in der Bezirksvertretung?

Wir, das sind Sevim Kaplan und Kay-Guido Lipka. Die erste Fraktion der LINKEN im Bochumer Osten. Kaum waren wir gewählt, erfuhren wir, dass wir zu zweit Fraktionsstatus genießen und das bedeutet: Ein

eigener Raum im Verwaltungsgebäude der Bezirksverwaltung und Antragsrecht.

Eigentlich hatten wir damit gerechnet, dass wir nicht willkommen sind. Dass man LINKEN im Bochumer Osten mit Skepsis, ja sogar mit Abneigung gegenüber tritt. „Wir haben alle die gleichen Nachbarn,“ machte uns der Bezirksbürgermeister Busche in der Pause der Sitzung deutlich.

Und so ist auch der Umgang in der Bezirksvertretung. Natürlich gibt es Meinungsverschiedenheiten, die muss es auch geben, wenn es um soziale Kürzungen oder verkaufsoffene Sonntage im Bochumer Osten geht. Da machen wir als LINKE nicht mit. Aber es gibt auch, überraschend an manchen Stellen, Gemeinsamkeiten. Wer hätte das gedacht, dass wir gut aufgenommen und als vollwertige Fraktion im Bo-

chumer Osten ernst genommen werden?! *Kay-Guido Lipka*



IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96
Fax: 0234 – 910 12 97
linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de
Fotos: pixelio (S.1,2,3,4), Stadt Bochum,
Presse- und Informationsamt (S.2),
Linksfraktion Archiv (S.3,4)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: